

***pax christi-Delegiertenversammlung
9. – 11. November 2007 - Bonifatiushaus, Fulda***

Beschluss Nr. 14

Indigene Völker

Die Delegiertenversammlung hat beschlossen:

In den Ländern vieler Projektpartner von pax christi leiden Indigene Völker weiterhin unter Ausgrenzung und Unterdrückung. Gleichzeitig gibt es einen Aufbruch Indigener Völker und eine neue Identität, die sich auch immer stärker politisch zum Ausdruck bringt.

pax christi Deutschland unterstützt die Bemühungen Indigener Völker, ihre Rechte stärker wahrzunehmen und einzufordern.

Aus diesem Grund unterstützt pax christi die seit 1991 bestehende ILO-Konvention 169, die ein angemessenes Vertragswerk ist, um die Interessen von Regierungen und Indigenen Völkern auf friedliche Weise zu regeln.

Daraus folgt:

1. pax christi Deutschland fordert die Bundesregierung auf, durch die Unterzeichnung der ILO-Konvention 169 ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, die Rechte der Indigenen Völker auch in ihrem auswärtigen und wirtschaftspolitischen Handeln zu respektieren.
2. Der Generalsekretär und die Kommission Solidaritätsfonds Eine Welt werden beauftragt, mit geeigneten Mitteln auf die Unterzeichnung der ILO-Konvention 169 durch die Bundesregierung zu drängen.
3. Die Kommission Solidaritätsfonds verpflichtet sich dazu, in besonderer Weise die Indigenen Völker in ihrer Projektarbeit zu berücksichtigen und deren Problematik innerhalb der Bewegung bekannt zu machen.

Begründung:

Um die Rechte der Urbevölkerung an Land und Ressourcen zu sichern sowie die Teilhabe an der Entwicklung ihrer Region, wurde **1991 die ILO-Konvention 169** (Internationale Labour Organisation in Genf) in Kraft gesetzt. Sie ist das bisher beste Vertragswerk, um die grundlegenden Rechte indigener Völker zu schützen. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Konvention trotz Aufforderung durch das Europaparlament und durch den 15. Deutschen Bundestag im Jahr 2002 nicht ratifiziert. Erst jüngst ist ein Antrag auf Ratifizierung am 29. März 2007 mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt worden. Sowohl das Wirtschaftsministerium als auch das Innenministerium haben Vorbehalte gegen diese Konvention geäußert. Man ist nicht bereit, das deutsche Recht an die in diesem internationalen Dokument ausformulierten Schutzbestimmungen für Indigene Völker anzupassen. Diese Konvention ist innenpolitisch für die BRD weniger bedeutsam. In Anbetracht der internationalen Handelsbeziehungen und Beteiligung an Finanzinvestitionen (Öl-Pipelines, Staudämme u.ä.) ist die Unterzeichnung der ILO-Konvention 169 besonders bei Hinweisen

auf Menschenrechtsverletzungen im Partnerland von großer Bedeutung. Als „Exportweltmeister“ hat die BRD viele Möglichkeiten und die Pflicht auf den Schutz indigener Völker hinzuwirken: einmal bei der eigenen Wirtschaft, zum anderen beim jeweiligen Handelspartner.

Seit 2003 gibt es ein bundesdeutsches Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, um die Ratifizierung dieser ILO-Konvention 169 zu erreichen. Diesem Bündnis gehören u.a. Brot für die Welt, Misereor und amnesty international an. Der pax christi-Solidaritätsfonds Eine Welt pflegt vielfältige Beziehungen zu indigenen Völkern – insbesondere in Lateinamerika. Nach wie vor sind viele dieser Völker in ihren Ländern marginalisiert und Opfer von rassistischen Angriffen und Diskriminierung. Manche Völker sind vom Aussterben bedroht. Die ILO Konvention hat nach Auffassung des Solidaritätsfonds Eine Welt eine grundlegende Bedeutung zur Förderung des Friedens und des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Völker und Kulturen in vielen Ländern der Welt. Ihre Unterzeichnung und Einhaltung ist daher auch von besonderer Bedeutung für die Friedensarbeit von pax christi.

Weitere Informationen zur ILO-Konvention 169 sind auf der Internetseite der Kampagne zur Unterzeichnung der ILO-Konvention 169 <http://www.ilo169.de> zu erhalten.

Auch innerhalb der Vereinten Nationen stehen die Rechte indigener Völker auf der Tagesordnung - auch wenn es dort bisher nicht zu einer rechtlich verbindlichen Konvention von ähnlicher Bedeutung wie der ILO-Konvention 169 gekommen ist. **Am 13.9.2007** stimmte nach 22 Jahren Verhandlungen zwischen den Staaten und den Indigenen Völkern auf der UNO-Vollversammlung in New York die Mehrheit der Staaten einer Charta der UN „Rechte und Kultur indigener Völker“ zu.

Die mexikanische Journalistin Gloria Muñoz überschrieb im August 2007 einen Artikel mit dem Satz: „Indio sein ist ein Vergehen“. Denn die abgelegenen Lebensräume der Indigenen weltweit bergen die letzten verbliebenen Naturressourcen, um deren Ausbeutung nun nationale und ausländische Investoren für die eigene Zukunftssicherung „schachern“ und so die Conquista fortsetzen, die vor 500 Jahren damit ihren Anfang nahm, dass europäische Eroberer in die Welt segelten und fremde Länder ausraubten. So drohen heute diese Territorien Teil zukünftiger Rohstoffkriege zu werden!

Statt der bisher betriebenen Marginalisierung von indigenen Völkern sollte deren Mitwirkung u.a. im Kontext Umwelt (Tropenwälder / ökologische Nachhaltigkeit) und Klimawandel gefördert werden, weil dies Bereiche sind, in denen sie seit jeher Kompetenzen haben („Bewahrung der Schöpfung“ ist Leitmotiv für das Überleben). Auch ist ihr kollektives Handeln vorbildlich: das Wohl der Gemeinde ist vorrangig dem des Individuums. Dies kann auch ein Anstoß für unsere Kultur und unser Wertesystem sein, die von einer Monetarisierung und Individualisierung des Denkens geprägt sind.

Der Begriff „Indigene“ leitet sich vom englischen „indigenous people“ ab - auf deutsch Urbevölkerung oder Ureinwohner und wurde 1995 von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen definiert. Er gilt für Bevölkerungsgruppen bzw. Ethnien, die ursprünglich die Regionen vor deren Eroberung durch die späteren Kolonialmächte besiedelten und diese Gebiete bis in die heutige Zeit als ihren Lebensraum sehen und bewohnen, und überdies eine gemeinsame Sprache sprechen. Weltweit zählt man ca. 370 Mill. Indigene. Alle Völker der Welt tragen durch ihre Verschiedenheit in Zivilisation und Kultur zum Reichtum und Erbe der Menschheit bei, sind jedoch auch in ihrer Unterschiedlichkeit zu respektieren.

Fulda, 11.November 2007